

Hinweise zur Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik bei der Europawahl 2024

1. Auszählungsmerkmale

Die Auszählungsmerkmale ändern sich, denn nach der neuesten Fassung des Europawahlgesetzes sind bei Europawahlen erstmals auch 16- und 17-Jährige wahlberechtigt. Hierfür wird jeweils die erste Geburtsjahresgruppe um die 16- und 17-Jährigen erweitert. Im Übrigen bleiben zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse früherer Wahlen die darauffolgenden Altersgruppen unverändert bestehen.

- **Wahlbeteiligung** nach Geschlecht und zehn Geburtsjahresgruppen:

Geburtsjahr	entspricht Alter in Jahren, etwa
2004 – 2008	unter 21
2000 – 2003	21 – 24
1995 – 1999	25 – 29
1990 – 1994	30 – 34
1985 – 1989	35 – 39
1980 – 1984	40 – 44
1975 – 1979	45 – 49
1965 – 1974	50 – 59
1955 – 1964	60 – 69
1954 und früher	70 und älter

- **Stimmabgabe** nach Geschlecht und sechs Geburtsjahresgruppen:

Geburtsjahr	entspricht Alter in Jahren, etwa
2000 – 2008	unter 25
1990 – 1999	25 – 34
1980 – 1989	35 – 44
1965 – 1979	45 – 59
1955 – 1964	60 – 69
1954 und früher	70 und älter

Die Auswertung der
Stimmabgaben
(Stimmzettel) erfolgt
im LSN!

Für die Zuordnung der Wahlberechtigten zu den Geburtsjahresgruppen ist das tatsächliche Geburtsjahr, nicht das exakte Alter am Wahltag, maßgeblich.

2. Stichprobenwahlbezirke bzw. Stichprobenbriefwahlbezirke

Für die Europawahl 2024 wurden in Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern und den Landeswahlleitungen 1.904 Urnenwahlbezirke und 454 Briefwahlbezirke ausgewählt, in denen die Wahlbeteiligung (nur Urnenwahlbezirke) und die Stimmabgabe nach Geburtsjahresgruppe und Geschlecht statistisch erfasst werden:

Land	Anzahl	
	Stichprobenurnen- wahlbezirke	Stichprobenbrief- wahlbezirke
Schleswig-Holstein	65	7
Hamburg	49	17
Niedersachsen	196	25
Bremen	42	13
Nordrhein-Westfalen	331	87
Hessen	127	25
Rheinland-Pfalz	115	19
Baden-Württemberg	214	51
Bayern	262	116
Saarland	61	13
Berlin	73	30
Brandenburg	84	11
Mecklenburg-Vorpommern	58	7
Sachsen	90	18
Sachsen-Anhalt	62	6
Thüringen	75	9
Bundesgebiet	1.904	454

3. Vorbereitung und Durchführung

Einzelheiten der Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik regeln die Leitungen der Statistischen Ämter der Länder im Einvernehmen mit den Landes- und Kreis- bzw. Stadtwahlleitungen, in deren Wahlkreise Stichprobenwahlbezirke bzw. Stichprobenbriefwahlbezirke liegen.

- **Wahlbeteiligung** nach Geburtsjahresgruppen und Geschlecht

Die Daten über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen werden nachträglich aus den Wählerverzeichnissen gewonnen. Nachzuweisen sind die Zahlen der

- a) Wahlberechtigten ohne Sperrvermerk W (A1)
- b) Wahlberechtigten mit Sperrvermerk W (A2)
- c) Wählenden mit Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis (B).

Für den Wahlvorstand sind für diese Feststellung keine gesonderten Tätigkeiten erforderlich.

- **Stimmabgabe** nach Geburtsjahresgruppen und Geschlecht

Für die Feststellungen über die Stimmabgabe sind Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken zu verwenden. Es bestehen hinsichtlich der oben genannten Auszählungsmerkmale folgende zwölf Unterscheidungsmerkmale (mit eindeutigem Schlüsselbuchstaben):

- A. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 2000 bis 2008
- B. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 1990 bis 1999
- C. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 1980 bis 1989
- D. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 1965 bis 1979
- E. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 1955 bis 1964
- F. männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister, geboren 1954 und früher
- G. weiblich, geboren 2000 bis 2008
- H. weiblich, geboren 1990 bis 1999
- I. weiblich, geboren 1980 bis 1989
- K. weiblich, geboren 1965 bis 1979
- L. weiblich, geboren 1955 bis 1964
- M. weiblich, geboren 1954 und früher

Die Feststellung, zu welcher der vorgesehenen Gruppen die wahlberechtigte Person gehört, muss bereits bei der Ausgabe der Stimmzettel in den Auswahlbezirken vorgenommen werden. Das Verfahren für die Ausgabe der Stimmzettel an die einzelnen Wählergruppen sollte den Gemeinden und Wahlvorständen überlassen werden.

○ Verfahren bei der **Urnenwahl**:

Die gekennzeichneten Stimmzettel werden – nach den zwölf Unterscheidungsmerkmalen sortiert und in der Reihenfolge der Schlüsselbuchstaben gelegt – auf einem Tisch am Eingang des Wahlraums bereitgehalten.

Am zweckmäßigsten ist es, wenn der Person des Wahlvorstandes, die mit der Ausgabe der Stimmzettel an die Wahlberechtigten betraut ist, eine weitere Ausfertigung des Wählerverzeichnis vorliegt, aus dem der Schlüsselbuchstabe oder alternativ das Geburtsdatum und Geschlecht ersichtlich ist. Ansonsten muss bei jeder wahlberechtigten Person das Geburtsjahr erfragt werden, sofern die Wahlbenachrichtigung nicht das Geburtsdatum enthält. Weigert sich die Person ihr Geburtsjahr zu nennen, muss das Geburtsjahr geschätzt werden.

Die Wahlberechtigten erhalten dann den passenden Stimmzettel aus ihrer Geburtsjahresgruppe und nach ihrem Geschlecht.

○ Verfahren bei der **Briefwahl**:

Briefwählende in den ausgewählten Briefwahlbezirken erhalten analog zu oben einen Stimmzettel mit dem passenden Unterscheidungsaufdruck mit ihren Briefwahlunterlagen.

Es ist sorgfältig darauf zu achten, dass alle Briefwählende in den ausgewählten Briefwahlbezirken Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck erhalten. Die Zusendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck an Personen, deren Stimmabgabe nicht in einem ausgewählten Briefwahlbezirk erfolgt, ist nicht zulässig. Neben den Belangen der repräsentativen Wahlstatistik ist dies auch deshalb von Bedeutung, weil andernfalls Gefährdungen des Wahlheimnisses nicht auszuschließen sind.

Besondere Hinweise zum Geschlecht:

Der Deutsche Bundestag hat am 13. Dezember 2018 die Neuregelung des Personenstandsgesetzes zum 1. Januar 2019 beschlossen. Damit sind auch Personen mit dem Geschlechtsmerkmal „divers“ oder „ohne Angabe im Geburtenregister“ gemäß § 22 Absatz 3 des Personenstandsgesetzes in der repräsentativen Wahlstatistik zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass eine entsprechende Eintragung im Geburtenregister erfolgt ist. Aufgrund der erwartbaren geringen Fallzahlen an

Personen mit der Geschlechtsausprägung „divers“ sowie derer ohne Angabe des Geschlechts ist eine separate Erfassung und Auswertung bei einer gleichzeitigen Wahrung des Wahlheimnisses dieser Personen nicht möglich. Nach Einigung mit den Statistischen Landesämtern sind diese Personengruppen daher dem Geschlechtsmerkmal „männlich“ zuzuordnen.

Es ist empfehlenswert, die Wahlvorstände in den Urnenwahlbezirken mit der Handlungsanweisung (Anlage 1) auszustatten. Diese enthält unter anderem auch eine Argumentationshilfe bei Beschwerden aufgrund der gemeinsamen Erhebung der Geschlechtsmerkmale „männlich“, „divers“ und „ohne Angabe im Geburtenregister“.

4. Auszählung

Die Arbeit des Wahlvorstand beschränkt sich auf die Auszählung des Wahlergebnisses ohne statistische Auswertung nach repräsentativen Merkmalen. Die Auszählungen für die repräsentative Wahlstatistik dürfen nicht im Wahlraum vom Wahlvorstand vorgenommen werden!

- **Wahlbeteiligung** nach Geburtsjahresgruppen und Geschlecht

(hier: nur in repräsentativen Urnenwahlbezirken)

Die Auszählung der Wählerverzeichnisse zur Ermittlung der Wahlbeteiligung wird gemäß § 5 Absatz 1 des WStatG **nach Abschluss der Wahl von den Gemeinden**, in denen die ausgewählten Wahlbezirke liegen, durchgeführt. Die Gemeinden teilen die Ergebnisse getrennt nach Wahlbezirken dem LSN Landesamt für Statistik Niedersachsen mit.

Für die Ergebnisermittlung kann das Zählblatt EW 1 verwendet werden. Das Ergebnis kann in der Tabelle EW 2 festgehalten werden.

Bitte senden Sie, wie in „Was muss ins Paket für das Landesamt für Statistik?“ beschrieben, die Tabelle EW 2 an das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN).

- **Stimmabgabe** nach Geburtsjahresgruppen und Geschlecht

Im Gegensatz zu der Vorgehensweise bei den Landtagswahlen findet die Auswertung der Stimmzettel im LSN statt. Bitte senden Sie, wie in „Was muss ins Paket für das Landesamt für Statistik?“ beschrieben, die Stimmzettel repräsentativer Wahlbezirke an das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN).

Besondere Hinweise in Fällen nach § 61 Absatz 2 EuWO:

Die Regelung sieht vor, dass Wahlbezirke mit weniger als 30 festgestellten Wählenden die verschlossenen Wahlurnen/versiegelten Stimmzettel, das Wählerverzeichnis und die übrigen benannten Wahlunterlagen an einen anderen Wahlbezirk im Wahlkreis übergeben wird. Die Stimmzettel werden dann dort zusammengeführt.

Hat ein Stichprobenwahlbezirk weniger als 30 festgestellte Wählende, soll – sofern möglich und für den Wahlvorstand praktikabel – dieser Wahlbezirk mit einem anderen Stichprobenwahlbezirk zusammengeführt werden. Die Auszählung für die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe ist dann als ein gemeinsames Ergebnis unter der Bezirksnummer des aufnehmenden Wahlbezirk vorzunehmen. Das Statistische Landesamt teilt dem Statistischen Bundesamt mit der Ergebnisübermittlung mit, welche Bezirke zusammengeführt wurden.

Gelingt dies nicht und ist nur der abgebende Wahlbezirk ein Stichprobenwahlbezirk, darf nach der Zusammenführung eine nachträgliche Trennung der Stimmzettel mit und ohne

Unterscheidungsaufdruck nicht erfolgen. In diesen Fällen ist die Feststellung der Stimmabgaben nach Geburtsjahresgruppen und Geschlecht des ursprünglichen Stichprobenwahlbezirks nicht mehr möglich.

Für den betroffenen Stichprobenwahlbezirk ist dann durch die Gemeinde nur das Wählerverzeichnis wie oben erläutert auszuzählen. Für die Auszählung der Stimmabgabe ist der betroffene Stichprobenwahlbezirk als Ausfall zu vermerken.

Ein abgebender „allgemeiner“ Wahlbezirk soll möglichst **nicht** mit einem (aufnehmenden) Stichprobenwahlbezirk zusammengeführt werden, da dies vergleichbar zu oben zu einem Ausfall des Stichprobenwahlbezirks führen würde.

5. Kosten

Das WStatG sieht in Übereinstimmung mit § 20 BStatG keine eigene Kostenregelung für die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei Bundestags- und Europawahlen vor. Die Erstattung der Wahlkosten gemäß § 25 Europawahlgesetz in Verbindung mit § 50 Bundeswahlgesetz bleibt jedoch unberührt.

6. Aufklärungsarbeit

Durch Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswahlleiterin und der Landeswahlleitungen sollte über die Medien die Wählerschaft auch über die repräsentative Wahlstatistik unterrichtet werden. Darüber hinaus werden die beteiligten Stellen gebeten, bei Anfragen die gesetzlichen Regelungen zur Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik zu erläutern, die eine Verletzung des Wahlheimnisses ausschließen. Die Vorkehrungen zur Sicherung des Wahlheimnisses werden nachstehend nochmals zusammengefasst:

Zur Sicherung des Wahlheimnisses

- müssen Urnenwahlbezirke, in denen die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt wird, mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen,
- müssen Briefwahlbezirke, in denen die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt wird, mindestens 400 Wählende bei der Europawahl 2019 umfasst haben,
- werden die Geburtsjahrgänge zu so großen Gruppen (lediglich sechs) zusammengefasst, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Personen möglich sind,
- dürfen Wählerverzeichnisse und gekennzeichnete Stimmzettel nicht zusammengeführt werden,
- hat die Stimmenauszählung zunächst im Wahlraum ohne statistische Auswertung zu erfolgen,
- die Auswertung darf für statistische Zwecke erst später unter dem Schutz des Statistikheimnisses und nur ohne Wählerverzeichnisse erfolgen,
- sind die Statistikstellen einer engen Zweckbindung hinsichtlich der ihnen zur Auswertung überlassenen Wahlunterlagen unterworfen,
- dürfen wahlstatistische Erhebungen von Gemeinden nur durchgeführt werden, bei denen durch Landesgesetz eine Trennung der Statistikstellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist,
- dürfen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für einzelne Wahlbezirke nicht veröffentlicht werden.

Nach § 3 Satz 5 WStatG sind die Wahlberechtigten in den Stichprobenwahlbezirken in geeigneter Weise über die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik zu informieren. Eine einheitliche Verfahrensweise erscheint wünschenswert, wobei folgende Maßnahmen erfolgen sollten:

- Aushang einer Bekanntmachung der Kreis-/Stadtwahlleitung vor den betroffenen Wahlräumen.
- Auslage des Faltblatts „Europawahl 2024: Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik“ in ausreichender Stückzahl vor den Wahlräumen.
- Übersendung des Faltblatts „Europawahl 2024: Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik“ mit den Briefwahlunterlagen an Wahlberechtigte, die in einem ausgewählten Stichprobenbriefwahlbezirk einen Wahlschein erhalten.
- Unterrichtung im Vorfeld der Europawahl 2024 (z. B. mit der Wahlbenachrichtigung oder als amtliche Bekanntmachung), da eine Unterrichtung des Wahlberechtigten im Wahllokal unmittelbar vor der Stimmabgabe allein nicht ausreichend erscheint.

Das Faltblatt kann bei Bedarf in einer „Bildschirm-Fassung“ auf der Internetseite der Bundeswahlleiterin heruntergeladen werden.

Für die vor den betroffenen Wahlräumen anzubringende Bekanntmachung der Kreis- bzw. Stadtwahlleitung wird folgender Wortlaut vorgeschlagen:

Bekanntmachung

In diesem Wahlraum werden für wahlstatistische Auszählungen Stimmzettel, auf denen Geschlecht und Geburtsjahresgruppe vermerkt sind, verwendet. Der Aufdruck ist keiner Einzelperson zugeordnet und lässt keinen Rückschluss auf die Stimmabgabe einzelner Personen zu.

Das Verfahren ist im Wahlstatistikgesetz (WStatG) geregelt und zugelassen.

(„Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland“ vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962))

Bei der Verwendung dieser Stimmzettel ist eine Verletzung des Wahlheimnisses ausgeschlossen!

Die Kreiswahlleitung/Stadtwahlleitung

(Unterschrift)

Die Bekanntmachung sollte optisch auffällig (z. B. im DIN-A3-Format und auf gelbem Papier) gestaltet und von der Kreiswahlleitung unterschrieben und (soweit vorhanden) mit dem Dienstsiegel versehen sein. Für jeden Auswahlbezirk sollten drei derartige Aushänge vorgesehen werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit!